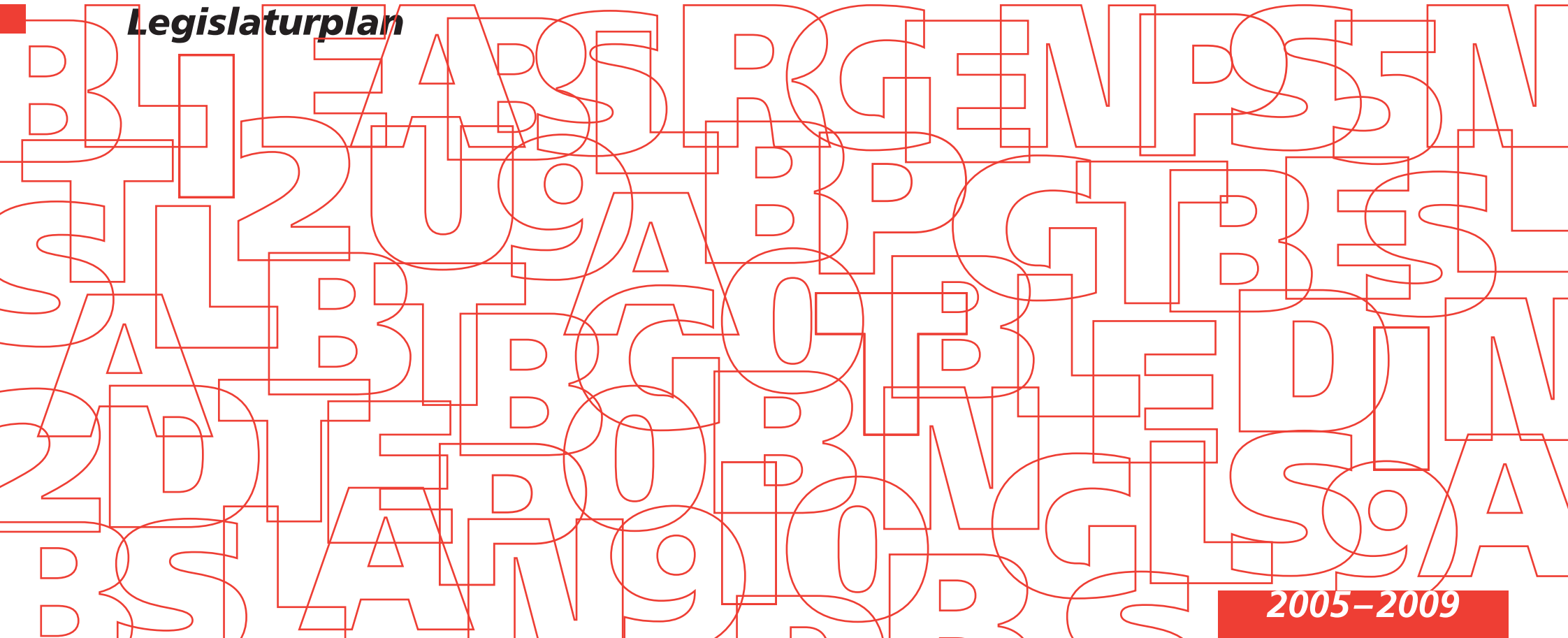
KANTON solothurn

Regierungsrat

Leitbild
Legislaturplan



2005–2009

KANTON solothurn

Regierungsrat

Im August 2005

Geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem ***Leitbild*** und ***Legislaturplan*** orientieren wir Sie über unsere politische Absichten, Ziele und Massnahmen für die Amtsperiode 2005 – 2009.
Das ***Leitbild*** für den Kanton Solothurn enthält in knappster Form eine Standortbestimmung und die wichtigsten Werte, auf welche wir unser Handeln in den nächsten Jahren ausrichten wollen. Als politisches Planungs- und Steuerungsinstrument legen wir zu Beginn jeder Amtsperiode einen ***Legislaturplan*** vor und berichten dem Kantonsrat am Ende der Amtsperiode über die Ausführung. Im Legislaturplan – bisher Regierungsprogramm – umschreiben wir die politischen Schwerpunkte der Amtsperiode und bestimmen, welche politischen Ziele mit welchen Verwaltungsleistungen und Ressourcen wir erreichen wollen.

Der Legislaturplan stellt die Grundlage dar für
- den integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP),
- die mehrjährigen Globalbudgets,
- den Jahresplan,
- die Leistungs- und Saldozuweisung,
- den Jahreskontrakt.

Der Legislaturplan enthält erstmals im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) Indikatoren und Standards der Zielerreichung. Für jede Massnahme sind zudem die geschätzten finanziellen Auswirkungen und der Personalbedarf ersichtlich.

Mit dem Legislaturplan und dem flächendeckenden und rollenden IAFP wird die politische Planung zu einem unter WoV wichtigen mittelfristigen Führungsinstrument der kantonalen Politik. Wir haben den Legislaturplan und die Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001 – 2005 dem Kantonsrat mit Botschaft und Entwurf vom 12. Juli 2005 vorgelegt (RRB Nr. 2005/1610).

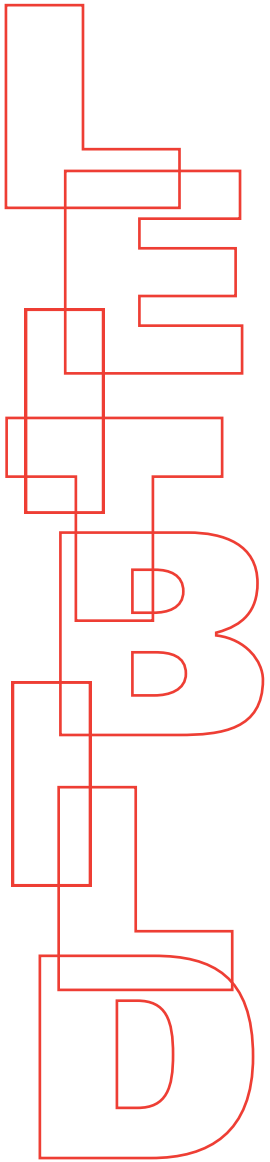
IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Walter Straumann
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

05 09

Leitbild 2005 – 2009



1. Wer sind wir

Wir sind ein eigenständiger und partnerschaftlicher Kanton einer offenen Schweiz.

2. Was haben wir

Wir verfügen über besondere Standortvorteile, wie hohe Lebensqualität, eine optimale Anbindung an das Verkehrsnetz und eine wirkungs- und kundenorientierte Verwaltung.

3. Was wollen wir

Wir wollen unser Handeln im Dienst an unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf Eigenverantwortung, Solidarität, Nachhaltigkeit, Sicherheit und auf Gleichwertigkeit der Geschlechter ausrichten und mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen.

Legislaturplan 2005 – 2009

Politische Schwerpunkte

1. Umwelt, Raum und Natur schützen

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Der Kantonsrat hat vom 'Richtplan-Controlling' und 'Verkehrspolitischen Leitbild' am 3. November 2004 Kenntnis genommen.

Der Kataster schadstoffbelasteter Standorte konnte 2004 vollumfänglich abgeschlossen werden.

Die Arbeiten zum Bodenbelastungskataster wurden aufgenommen. Der Luftmassnahmenplan wurde revidiert.

Der Kantonsrat hat mit KRB vom 16. März 2004 der Verlängerung des Mehrjahresprogrammes Natur- und Landschaft bis 2008 zugestimmt.

b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Wir wollen unsere Lebensgrundlagen erhalten und ein attraktiver Wohnkanton für unsere Bevölkerung sein.

Der Raum wird zielgerichtet, geordnet und haushälterisch genutzt. Bei den verschiedenen Nutzungsansprüchen wird der Wohn- und Freizeitqualität, den Naherholungsräumen und dem Natur- und Landschaftsschutz Priorität eingeräumt.

Wir setzen Schwerpunkte bei der Siedlungs- und Verkehrsplanung und stärken die Agglomerationen.

c) Ziele und Massnahmenplan

	Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzesanpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
1.1.	hohe Lebens- und Wohnqualität	1	Entwicklungsschwerpunkte und Raumnutzung in Abstimmung mit Umweltpolitik festlegen	Einhaltung Projektplan	Termine gemäss Projektplan Richtplancontrolling aktualisieren	ja	keine

2. *Bildungsangebot optimieren sowie Kultur und Sport fördern*

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Die langjährig vorbereitete Restrukturierung der Kantonsschulen und der kantonalen Berufsschulen unter die beiden Dächer der Berufsbildungszentren Olten und Solothurn-Grenchen wurde 2003 abgeschlossen.

Im Jahre 2004 wurde die neue Fachmittelschule FMS an den Kantonsschulen von Solothurn und Olten eingeführt; diese löste die bisherige zweijährige Diplommittelschule ab.

Die flächendeckende Einführung der 'Geleiteten Schulen' fand Zustimmung in der Volksabstimmung vom 24. April 2005. Damit wurde eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Qualitätsförderung an den Volksschulen gesetzt.

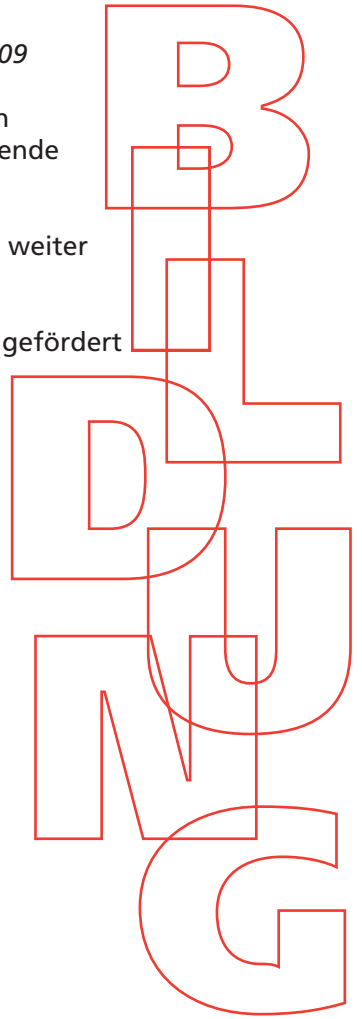
Die Verhandlungen und Vorarbeiten zu einer Fusion der Nordwestschweizer Fachhochschulen bildeten weitere Schwerpunkte dieser Amtsperiode. Zeitgleich mit den Partnerkantonen wurde der Staatsvertragsentwurf am 18. Mai 2004 zu Handen der Vernehmlassung verabschiedet. Der Kantonsrat hat den Staatsvertrag über die Errichtung und Führung der Fachhochschule Nordwestschweiz am 4. Mai 2005 einstimmig genehmigt.

b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Das Bildungsangebot ermöglicht allen Jugendlichen einen Abschluss, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert.

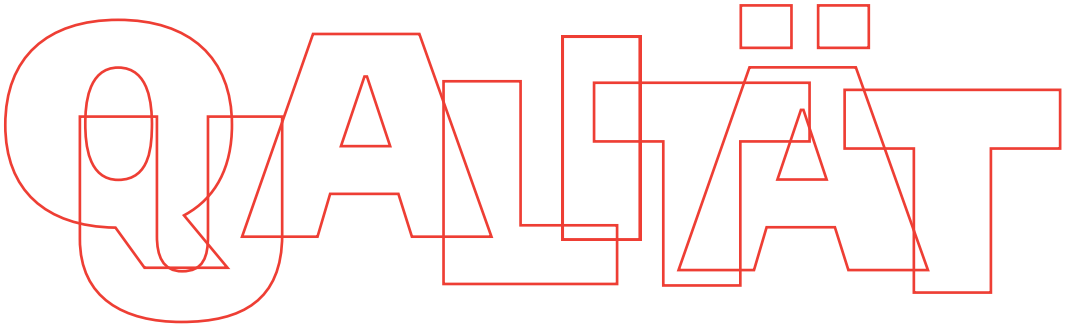
Das Bildungsangebot ist zu harmonisieren und qualitiativ weiter zu entwickeln.

Das kulturelle Angebot im Kanton wird projektorientiert gefördert und der Breitensport wird unterstützt.



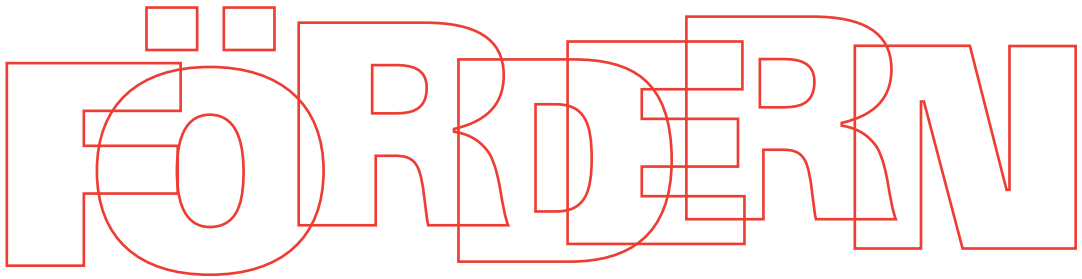
c) Ziele und Massnahmenplan

	Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
2.1.	Ein leistungsfähiges, effizientes Bildungswesen und eine dazu kohärente Familien- und Jugendpolitik	1	Optimale Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen	Quote der Kinder in Sonderschulung	< Ø CH	ja	Finanzen: + 40.8 Mio. Fr. aus NFA gem. heilpädag. Konzept ab 2008 + 2 Vollzeitpensen
		1	Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten	Flächendeckende Blockzeiten ab 2009	100 %	ja	keine
2.2.	Eine im nationalen und internationalen Vergleich hohe Qualität der Bildung an den Schulen des Kantons Solothurn und Förderung der Qualitätsentwicklung anhand objektivierter Verfahren, die Bildungsprozesse beschreib- und messbar machen (Qualitätsmanagement)	1	Konzept zum Qualitätsmanagement (QM) für den Bildungsbereich im Kanton Solothurn erstellen	Konzept vom DBK bis Ende 2005 verabschiedet	Termineinhaltung	nein	keine
		2	Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzeptes	Umsetzungsstand per Ende Jahr	2006: 50% 2007: 75% 2008: 100%	nein	Finanzen: + 0.45 Mio. Fr. Personal: 3 Entlastungslektionen/Schule (9 kant. Schulen)



c) Ziele und Massnahmenplan

	Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
2.3.	Bildungsangebot mit den übrigen Kantonen und in Zusammenarbeit mit der EDK/NWEDK harmonisieren	1	Fremdsprachenkonzept verabschieden und Umsetzung einleiten	Einhaltung Projektplan EDK	Termine gem. Projektplan EDK	nein	Finanzen: + 12.1 Mio. Fr. Personal: keines
		2	Reform der Sekundarstufe I dem Kantonsrat vorlegen	Einhaltung Projektplan	Termine gem. Projektplan	ja	Finanzen: + 0.6 Mio. Fr. Personal: keines
		1	Staatsvertrag Fachhochschule NWCH (BS, BL, AG und SO) abschliessen, gemeinsame Leistungsvereinbarung 2006-08 genehmigen und Lehrpersonenaus- und -weiterbildung innerhalb der neuen Fachhochschule NWCH sichern	Einhaltung Projektplan FHNW	Termine gem. Projektplan FHNW	ja	Trägerbeitrag gem. Staatsvertrag + 2.8 Mio. Fr. (Lehrpersonenaus- und weiterbildung)
2.4.	Förderung des Kulturangebotes und des Breitensportes	2	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten	gem. Projektplan Konzept Planungs entscheid	2007 2008	nein	keine
		1	Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen	Budget- und Finanzplan Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	Beiträge an Kultur ca. 4.2 Mio. Fr. jährlich; an Sport ca. 2.5 Mio. Fr. jährlich	nein	keine



3. Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

3.1. Verkehrserschliessung optimieren

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Zu den markantesten Ereignissen der Amtsperiode gehört die Eröffnung der Nationalstrasse N5.

Nach Annahme des neuen Strassengesetzes durch das Volk wurden die Planungsarbeiten für die Gesamtverkehrsprojekte in Solothurn und Olten initialisiert. Für 'Solothurn, Entlastung West' wurden die Projektierungs- und Bauleitungsaufgaben vergeben und für die Umfahrung Region Olten wurde die Planung in Angriff genommen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Anpassung des Angebots des öffentlichen Verkehrs an die Bahn 2000.

b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Wir wollen die Standortattraktivität des Kantons Solothurn mit einer optimierten Verkehrsinfrastruktur erhöhen.

Die Umfahrung 'Solothurn - Entlastung West' ist plangemäss zu realisieren und der Baubeginn der Entlastung 'Region Olten' ist voran zu treiben.

Das Kantonsgebiet ist durch den öffentlichen Verkehr optimal erschlossen.

c) Ziele und Massnahmenplan

Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
3.1.1. Städte vom Verkehr entlasten	1	Entlastungsprojekt Solothurn vollenden und in Olten mit Bau beginnen	Einhaltung Projektplan	Eröffnung 'Solothurn-Entlastung West' am 8.8.2008	nein	Finanzen: Solothurn: IR netto: 44 Mio. Fr. Olten: IR netto: 120 Mio. Fr.
	2	Öffentlichen Verkehr gezielt ausbauen und optimieren	Modalsplit Ö.V. - migrierter Individualverkehr (MIV) etc. auf Arbeitsweg	Erhöhung des Ö.V.-Anteils gegenüber dem Ausgangswert der Volkszählung 2000	ja	keine

3.2. Wirtschaftsstandort fördern

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Als Folge der konjunkturellen Abkühlung des Wirtschaftswachstums ist die Zahl der Arbeitslosen seit 2001 massiv angestiegen und ab Februar 2004 wieder leicht gesunken.

Durch die Mitwirkung der Wirtschaftsförderung konnten im Kanton Solothurn zwischen 2002 – 2004 rund 1'500 Arbeitsplätze geschaffen werden.

b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Wir wollen aktiv die Ansiedlung von Unternehmen fördern. Neben der prioritären Schaffung hochqualifizierter Stellen sollen vermehrt auch Unternehmen mit Arbeitsplätzen in niederschwelligen Segmenten angesiedelt werden.

Die relativ hohe Arbeitslosenquote ist durch gezielte Massnahmen zu senken. Stellensuchende sind rasch und dauerhaft wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Ein Hauptschwerpunkt liegt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. In der Altersgruppe der unter 25-jährigen befindet sich der grösste Anteil der Stellensuchenden. In diesem Bereich ist die bisherige interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Dienststellen weiterzuführen und falls nötig auszubauen.

c) Ziele und Massnahmenplan

Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzesanpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
3.2.1. höhere Beschäftigung	1	Ansiedelung von Firmen und Ausbau bei bestehenden Betrieben	Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze	450 pro Jahr	nein	Finanzen: + 0.3 Mio. Fr. p.a. Personal: + 1 Vollzeitpensum
3.2.2. Missbräuche verhindern	1	Durchführung von Arbeitsmarktkontrollen	Anzahl kontrollierter Personen	200 pro Jahr	ja	Finanzen: + 0.4 Mio. Fr. p.a. Personal: + 2 Vollzeitpensen
3.2.3. Arbeitslosigkeit bekämpfen	1 1	Stellensuchende rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingliedern Weitere Ausbildungsangebote für schulisch schwächere Jugendliche schaffen	Dauer der Wiedereingliederung Anteil Berufe mit Attestausbildung gem. Berufsbildungsgesetz	Bezugsdauer 10% tiefer als Ø CH > 50%	nein nein	Finanzen: ALV Personal: ALV keine

4. Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Im Unterstützungsbereich konnten die bundesgesetzlichen Massnahmen mit den situativen Anpassungen der Prämienverbilligung trotz massiver Prämiensteigerungen in den letzten vier Jahren genügend erfüllt werden.

Die Anstossfinanzierung des Bundes, um familienergänzende Betreuungsangebote zu schaffen, wurde zufriedenstellend genutzt. Zudem konnte aus Fondsmitteln eine Kindesschutzstelle geschaffen werden.

Im Interventionsbereich stiegen vor allem die Kosten der kommunalen Sozialhilfe, an denen sich der Kanton gemäss Gesetz über die Aufgabenreform 'soziale Sicherheit' (GASS) nach wie vor mit 35% beteiligt.
Im Sanktionsbereich wurden die Vorkehren verstärkt, um Missbrauch von Sozialleistungen einzudämmen.
Im Organisationsbereich konnten die Vorarbeiten zu einem integralen Sozialgesetz abgeschlossen werden.

Mit dem Soziallohnprojekt «Solopro» wurden ausgesteuerte Personen wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert. Seit 2001 wurde die Zahl der Einsatzplätze jeweils dem Bedarf angepasst. Zur Zeit stehen 100 Plätze zur Verfügung. Seitens der Einwohnergemeinden ist ein Antrag um eine Erhöhung um 30 bis 50 Plätze hängig. Das Soziallohnprojekt wurde 2004 einer Evaluation unterzogen.

Mit der Teilrevision des Gesetzes über die Aufgabenreform 'soziale Sicherheit' (GASS) wurde die gesetzliche Grundlage für die Anlauf- und Case-Management-Stellen geschaffen.

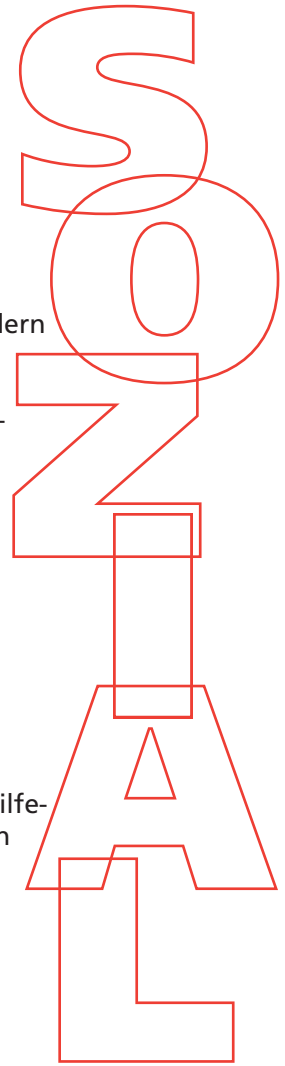
b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Die Stossrichtungen der sozialen Sicherheit sollen in der neuen Amtsperiode nach folgenden Grundsätzen fortgeführt werden:

- Armut oder soziale Notlagen verhindern, beheben oder mindern (Prävention);
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen unterstützen (Allokation);
- Menschen in sozialen Notlagen helfen oder Überlebenshilfe gewähren (Intervention);
- Missbrauch von Leistungen verhindern und bekämpfen (Sanktion und Repression);
- Soziale Aufgaben wirkungsvoll in straffen Prozessen und einfachen Strukturen erbringen und erfüllen.

Aufgrund der erhöhten Zahlen der Ausgesteuerten und Sozialhilfeempfänger ist die Anzahl Einsatzplätze in «Solopro» zu erhöhen und ein verstärktes Wirkungscontrolling aufzubauen.

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Arbeitslosenkasse, Ausgleichskasse und IV-Stelle ist zu fördern.



c) Ziele und Massnahmenplan

	Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
4.1.	Soziale Aufgaben in straffen Prozessen und einfachen Strukturen wirkungsvoll erfüllen, insbesondere						
	• mit Zusammenführung der Gesetzgebung	1	Sozialgesetz erlassen und umsetzen; Verteilschlüssel zwischen Kanton und Einwohnergemeinden aufheben	Einführungsjahr	2007	ja	keine
	• mit Planung	1	Sozialplanung, erlassen, welche vom Kantonsrat zu genehmigen ist; neue Heimplanung 2010 umsetzen	kantonsrätliche Genehmigung	2005 – 2009	nein	keine
	• mit regionalen Anlaufstellen	1	professionelle Erstberatung	Einführungsjahr	2005 – 2007	nein	keine
4.2	Ausgesteuerte Personen wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern	2	Ausgesteuerte Personen in den Arbeitsmarkt eingliedern	Anzahl eingegliederte 'Solopro'-Teilnehmende	> 30 %	nein	Finanzen: + 0.9 Mio. Fr. p.a. Personal: keines
4.3.	Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in 1. Arbeitsmarkt eingliedern	2	Aufbau von Anlauf- und Case Management-Stellen	Einführungsjahr	2006 – 2009	nein	keine

5. *Zusammenarbeit intensivieren*

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Im Rahmen der Plattform Aargau - Solothurn (PASO) wurden die Koordinationsaktivitäten im Bereich Siedlung, Verkehr, Wirtschaft und Kultur intensiviert; gemeinsam wurde des Agglomerationsprogramm Netzstadt *AarauOltenZofingen* erarbeitet. Dieses wurde vom Bund als Modellvorhaben anerkannt und finanziell unterstützt.

Mit der Teilrevision des Gemeindegesetzes konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die wirkungsorientierte Gemeindeführung (WOG) verstärkt umgesetzt werden kann und vor allem auch Auslagerungen in privatrechlichen Organisationsformen leichter möglich sind.

Die finanzielle Situation der meisten Einwohnergemeinden hat sich markant verbessert.

b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Wir wollen die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung verstärken und die Aktivitäten innerhalb der PASO und speziell im Bereich der Agglomerationsprogramme weiterführen.

Die bisherige Stossrichtung der innerkantonalen Partnerschaft zwischen Kanton und Einwohnergemeinden soll auch in der neuen Amtsperiode fortgesetzt werden.

Gefährdeten Gemeinden wollen wir rechtzeitig helfen, Zusammenschlüsse fördern und überschuldete oder mangelhaft geführte Gemeinden zur Sanierung zwingen.

c) Ziele und Massnahmenplan

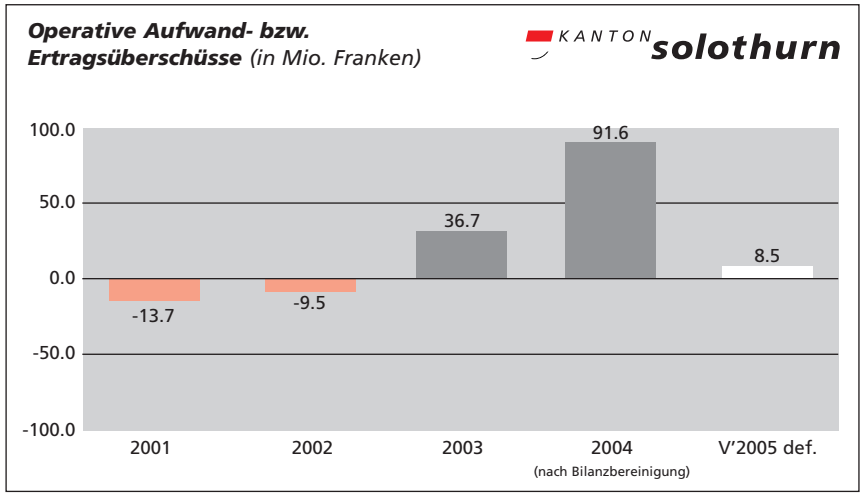
	Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzesanpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
5.1.	abgestimmte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung	1	bestehende Zusammenarbeit (PASO, Agglo Basel) verstärken, Plattform gemäss 'Auftrag Fraktion FdP/JL' aufbauen	Vorschlag für Trägerschaft erarbeitet, politische Konsolidierung eingeleitet (bis Ende 2006)	Verbindlichere Zusammenarbeit auf Vertragsgrundlage	ja	keine
5.2.	funktionsfähige und wirkungsorientierte Gemeinden	2	Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern	Anzahl Fusionen	2 pro Jahr	nein	keine
5.3.	Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten	1	Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages	Vertragsabschluss	Vertragsabschluss per 1.1.2007	nein	keine

6. Nachhaltige Finanz- und Personalpolitik gewährleisten

6.1. Finanzpolitik

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Entwicklung der Finanzlage in den Jahren 2001 – 2005
(Voranschlag 2005)



b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

In der vorherigen Amtsperiode hat sich die Finanzlage des Kantons deutlich verbessert. Diese positive Entwicklung soll in der neuen Amtsperiode weitergeführt werden. Verschiedene Massnahmen, die teils schon vorgesehen sind, teilweise noch beschlossen werden müssen, sollen zur Erfüllung des Ziels der nachhaltigen Sanierung des Finanzhaushaltes beitragen.

Die Sanierung des Finanzhaushaltes stellt dabei keinen Selbstzweck dar.

Sie ist ein Mittel,
- um zu verhindern, dass die Schulden, welche die vorherige und heutige Generationen geschaffen haben, an künftige Generationen übertragen werden;
- um den politischen Handlungsspielraum im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons zu erhöhen;
- um Investitionen in die Zukunft zu tätigen;
- um die Attraktivität des Kantons sowohl für die Wirtschaft wie auch für Privatpersonen zu steigern.

c) Ziele und Massnahmenplan

Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
6.1.1. Die Nettoverschuldung pro Kopf soll gesenkt, die Erfolgsrechnung entsprechend entlastet werden und der Handlungsspielraum erhöht werden	1	Weiterführung der bisherigen restriktiven Finanzpolitik	Nettoverschuldung pro Einwohner/-in	< 2000 Fr.	nein	keine

Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
6.1.2. Die im Zusammenhang mit der Erfüllung der staatlichen Aufgaben getätigten Ausgaben sollen bei den Einwohnerinnen und Einwohnern die grösstmögliche Wirkung erzielen	1	Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen	Überprüfungs-rhythmus	alle 2 Jahre	nein	keine
	2	Wirtschaftlichkeitsrechnung im umfassenden Sinne für alle grösseren Ausgaben	Controlling der Beschlüsse für grössere Ausgaben (Quote)	100%	nein	keine
6.1.3. Die im Zusammenhang mit der NFA-Abstimmung vom November 2004 gemachten Versprechungen gegenüber Betroffenen (insbesondere Behindertenorganisationen, Spitex) sollen vollständig eingelöst werden	1	Umsetzungskonzept erarbeiten, notwendige Gesetzesänderungen termingerecht beschliessen	Frist	1.1.2008	ja	Finanzen: - 55 Mio. Fr. (netto) Personal: keines
	1	Teilbereich Werkstätten und Wohnheime sowie Spitex: Auswirkungen klären und regeln	Erfolgreiche Umsetzung Gesetz	2009	ja	Finanzen: + 35 Mio. Fr. aus NFA und + 6 Mio. Fr. aus Spitex + 1 Vollzeitpensum (in obiger Saldorechnung enthalten)
6.1.4. Die Einkommens- und Vermögensklassen mit im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt überdurchschnittlicher steuerlicher Belastung sollen entlastet werden. Dieses Ziel wird verfolgt, sobald das Ziel 6.1.1. erfüllt ist und Eigenkapital gebildet werden konnte	2	Anpassung der über dem schweizerischen Durchschnitt liegenden Steuertarife für natürliche Personen	Steuerbelastungs-indizes (SBI) nach Einkommens (E)- und Vermögens-klassen (V)	SBIE_SO annähernd SBIE_CH SBIV_SO annähernd SBIV_CH	ja	Finanzen: + 20 Mio. Fr. Personal: keines

6.2. Personalpolitik

a) Entwicklung in der Amtsperiode 2001 – 2005

Ein wesentlicher Bestandteil der Leistungen in der Amtsperiode 01/05 war die Erarbeitung und Inkraftsetzung des GAV für das gesamte Staatspersonal. Dabei wurde mit den Sozialpartnern im Erarbeitungsprozess des GAV eine neue Kultur in der Sozialpartnerschaft entwickelt.

b) Politische Zielsetzung für die Amtsperiode 2005 – 2009

Die durch den Gesamtarbeitsvertrag GAV und dessen Erarbeitung erreichten guten Voraussetzungen für eine fortschrittliche Personalpolitik und eine offene sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit sollen in der neuen Amtsperiode ausgebaut werden.

Dies mit den Zielen
- den Arbeitsfrieden zu erhalten,
- die Gleichwertigkeit der Geschlechter zu fördern,
- die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu steigern,
- die Staatsaufgaben mit motivierten, leistungsfähigen Mitarbeitenden in einer fortschrittlichen Unternehmenskultur effizient und effektiv zu erfüllen.

c) Ziele und Massnahmenplan

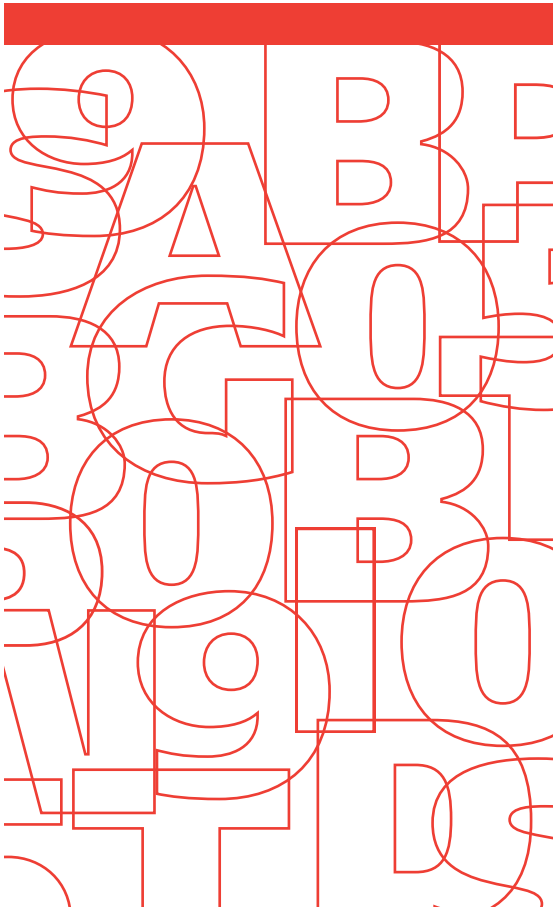
Wirkungsziele	*Priorität*	*Massnahmen*	*Indikatoren*	*Standards*	*Gesetzes-anpassungen notwendig?*	*Geschätzte Veränderung Ressourcen*
6.2.1. Den Arbeitsfrieden weiterhin erhalten	1	Sozialpartnerschaftliche Weiterentwicklung des GAV	Einvernehmliche Lösungen	90%	ja	Finanzen: + 0.1 Mio. Fr. Personal: keines
6.2.2. Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber steigern, um qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und zu behalten	2	Marktkonformität und Leistungsgerechtigkeit der Löhne verbessern	Lohnvergleiche	2006	nein	Finanzen: + 0.12 Mio. Fr. Personal: keines
	2	Unternehmenskultur als permanenten Prozess wahrnehmen und fördern	Mitarbeitenden-zufriedenheit	steigende Tendenz	nein	Finanzen: + 0.2 Mio. Fr. Personal: keines
6.2.3. Die Gleichwertigkeit der Geschlechter konsequent in allen Tätigkeitsbereichen umsetzen	1	Teilzeitmöglichkeiten auch für Kaderpersonen fördern	Anzahl Frauen in Führungspositionen	Erhöhung innerhalb der Amtsperiode um 10%	nein	keine
	1	Kinderkrippenangebot für Staatsangestellte ausbauen	Kinderkrippen-angebot im ganzen Kanton eingeführt	2007	ja	Finanzen: + 0.55 Mio. Fr. Personal: keines

Regierungsrat

Rathaus
4509 Solothurn

zu beziehen bei

Staatskanzlei
Kanzleisekretariat
Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 21
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch

August 2005

37325 8/05 1500